

Schaltsmühler General-Anzeiger

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: freibleibend

Zeitung für das mittlere Bollme-Gebiet.

Ämtliches Publikationsorgan
für die Gemeinden Schaltsmühle, Lüdenscheld und Hültscheid.

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe (34 mm breit) 6
Goldpf., für Behörden Finanzanzeigen und aus-
wärtige Anzeigen 10 Goldpf. — Reklame 40
Goldpf. — Offertgebühren 10 Goldpf. u. Porto.

Nr. 248

Anzeigenannahme, Expedition und Abonnementsannahme
Herm. Fr. Bohmer, Schaltsmühle, Bahnhofstraße.

Sonntag, den 16. Dezember

Druck und Verlag: Wilh. B. II jr., Hainweg 20.
— Fernsprecher Nr. 42. —

1923

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Fühlungsnahme zwischen Frankreich und Deutschland zwecks direkter Verhandlungen soll in Paris bereits eingeleitet sein.
- * Im sächsischen Landtag brachten die Demokraten einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein. Darauf erklärte Ministerpräsident Fritzsche den Rücktritt des Kabinetts.
- * Die neuen Steuerbestimmungen der Reichsregierung bringen scharfe Maßnahmen auf dem Gebiete der Einkommen-, Vermögens-, Erbschafts- und Mietertragsteuer.
- * Der Reichskanzler hat eine Depesche an den Papst geschickt, in der der Dank für die Tätigkeit des päpstlichen Delegaten zugunsten der Ruhrgefangenen ausgesprochen wird.

Gutes Geld — guter Wille.

Es ist kein Zweifel: die Zornesausbrüche, die man allenthalben über das scham- und gewissenlose Treiben der Bucherer, der Schieber und der Hamsterer hört, sind nur allzu gut begründet. Aber der Zorn, auch der berechtigte, ist ein schlechter Ratgeber, und wenn er uns vergessen läßt, daß draußen auf dem Markte die ehernen Wirtschaftsgesetze, die Handel und Wandel leiten, wie immer ihre Geltung haben, so geschieht es zu unserem eigenen Schrecken, war bei Nicht befehen nichts anderes als die fruchtlose Klage und als unverschämte Preistreibererei erschien, was bei Nicht befehen nichts anderes als die Auswirkung harter wirtschaftlicher Notwendigkeiten, deren absohluter Herrschaft wir uns nicht entziehen können, mögen wir auch noch so lässlich flöhnen und jammern. Es ist heute so, wie es immer war: nur für gutes Geld gibt es auf dem Markt gute Ware. Eine banale Wahrheit, gewiß! Aber die schlichte, für jeden erkennbare Wahrheit ist immer banal, und das ist auch ganz gut so; wollten wir uns zum Beispiel mit langen moralischen Abhandlungen aufhalten über die Tatsache, daß jetzt, wo wir gutes Geld haben, die Läden voll sind von guten und nützlichen Dingen, während überall gährende Leere herrscht, solange wir mit unserem ertlosten Plunder Geld wirtschaften müssen, wir würden ja gar nicht dazu kommen, uns der Tatsache zu freuen, daß wir wieder gutes Geld haben, aufzuatmen in dem Gefühl der Befreiung von dem Alldrud der gräßlichen Außen-gespensier, die uns auf Schritt und Tritt umflatterten gleich endlos langen Leidenstücken und uns unseres Lebens nicht froh werden ließen.

Unsere Rentenmark ist gutes Geld! Das muß mit allem Nachdruck festgesetzt werden gegenüber den Gerüchten und sonstigen Machenschaften, die darauf hinauslaufen, die Rentenmark zu diskreditieren. Daß diese Machenschaft in der Hauptsache wieder von Frankreich ausgeht, ist ein neuer Beweis für den bösen Willen unseres alten bösen Feindes. Die Rentenmark ist durch die von Gesetzes wegen dem Handel, der Industrie, der Landwirtschaft und dem Gewerbe auferlegten und dinglich „verankerten“ — um dieses schöne Wort einmal zu gebrauchen — Geld-verpflichtungen überreichlich gedeckt und wird darum auch im Auslande als gutes und rechtschaffenes Geld vor-behaltenlos anerkannt, zumal das Rentenbankstatut gegen eine Verwässerung der Rentenmark auf dem Inflations-wege die denkbar stärksten Garantien gibt. Wenn wir nur mehr von diesem schönen neuen Gelde hätten — wie wohl wäre uns! So, wie die Dinge liegen, ist freilich immer noch Schmalhans Küchenmeister bei uns und wird es noch auf lange hinaus bleiben. Waren sind da, Kaufkraft ist vorhanden, aber leider fehlt die Kaufkraft, und immer noch steht, trotzdem der Lebenshaltungszindex um 16 % ge-sunken ist, die große Masse vor den lodenden Auslagen der Läden, bei deren Anblick ihr das Wasser im Munde zusammenläuft, ohne daß sie ihren Appetit auch nur im bescheidensten Ausmaß befriedigen könnte. Und dann noch ein zweites „Aber“ — und ein noch schwerer wiegendes: wenn man sich vergegenwärtigt, daß das Geld nichts anderes ist, als eine Anweisung auf die im Wirtschafts-gebiet vorhandenen Sachgüter, so ist ohne weiteres ein-leuchtend, daß auch das beste Geld nichts nützen kann, wenn nicht die Sachgüter, auf die wir die Anweisungen in der Tasche haben, auch wirklich in ausreichender Menge vor-handen sind. Die Schaffung guten Geldes ist also nur der erste Schritt zur wirtschaftlichen Gesundung; er muß vergeblich bleiben, wenn die weiteren Schritte nicht getan werden, d. h., wenn nicht die wirtschaftliche Pro-duktion in erforderlichem Ausmaß gesteigert wird. Die Arbeitsleistung muß vermehrt werden — das ist das Heilmittel, das uns vorwärts führt, das Um und Auf der wirtschaftlichen Erkenntnis, zu der wir gelangen müssen.

Erfreuliche Anzeichen dafür, daß wir auf dem Wege zu dieser wirtschaftlichen Erkenntnis sind, gibt es glücklicher-weise: allenthalben zeigt sich der gute Wille der Arbeiter-schaft zu vermehrter Arbeitsleistung, und wie in der Arbeit-erschaft, so ist auch in den anderen Schichten der Bevölkerung der Wille lebendig, dem staatlichen Gemeinwesen die Opfer zu bringen, die nur eben noch trag-bar sind. Niemals in der Geschichte unseres Vaterlandes war dieser gute Wille nötiger als in den Zeiten, die wir heute durchleben. Die 1200 Millionen, die dem Reiche von der Rentenbank zur Verfügung gestellt wurden, sind zu zwei Dritteln verbraucht, und mit dem Rest des Kredites reichen wir kaum noch vierzehn Tage. Die Kassen des Reiches sind leer, der finanzielle Zusammenbruch ist da, wenn nicht schleunigst neue Steuerquellen zum Fließen gebracht werden. Eine Notverordnung zu diesem Zweck ist ja bereits erlassen worden, jene, die die Vorauszahlung der erst im Januar fälligen Ruhr-Rheinabgabe vorsieht. Die zwei weiteren Notverordnungen verlangen von jedem einzelnen Großes an Opferwilligkeit. Das Eine ist sicher, daß auch mit starken Eingriffen, mit Eingriffen auch in die Substanz des Volksvermögens gerechnet werden muß. Die Realien will sich, wie es heißt, mit einem Silber

an die zivilisierte Welt wenden, in dem sie erklären will, daß es mit der Finanzkraft Deutschlands zu Ende geht, wenn nicht Hilfe von außen kommt. Wird sie kommen? Wir dür-fen es hoffen, aber verlassen dürfen wir uns nur auf die eigene Kraft!

Es sind dunkle Tage, in denen wir leben, aber Tage auch, in denen unsere Herzen aufs neue erfüllt werden mit der alten Verheißung, daß endlich doch Friede auf Erden werden soll den Menschen, die eines guten Willens sind. Erheben wir uns zu diesem guten Willen! Schaffen wir, so nicht für uns, so für unsere Kinder, die in unbesümmter Jugendlust der Weihnacht entgegenharren! Sie sind die Hoffnung, die uns nicht zuschanden werden läßt, denn wir wissen: sie werden im Deutschen Reich, und das Deutsche Reich wird in ihnen fortleben.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Wird Dr. Schaft Reichsbankpräsident?

Eine öffentliche Sitzung des Reichsrats beschäftigte sich mit der Wiederbesetzung des Postens des Reichsbankpräsidenten, wofür der Reichsrat das Vorschlagsrecht hat. Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt, und zwar, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, aus dem Grunde, weil die Ausschüsse des Reichsrats über die vorzuschlagende Persönlichkeit sich nicht einigen konnten. Der frühere Reichs-finanzenminister Dr. Helfferich fand nicht die Zustimmung, wurde vielmehr von allen Ländern mit Ausnahme Bayerns abgelehnt. In Betracht kommt nunmehr wahrscheinlich der Reichsfinanzkommissar Dr. Schaft. Gegen diesen hat allerdings Bayern Widerspruch erhoben.

Die Pfalz gegen Separatistenvorfälle.

Die bürgerlichen Parteien der Pfalz lehnen in einer Rundgebung die unter Mißachtung der staatsbürgerlichen Rechte und unter Unterdrückung der öffentlichen Meinung aufgezwungene Gewalt Herrschaft der Separatisten unter stärkstem Protest ab und erklären, daß eine staatliche Um-bildung entgegen den Bestimmungen der Reichsverfassung für sie nicht in Frage komme. Die Rundgebung ist unter-zeichnet von der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen De-mokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei.

Patentamtliche Gebühren in Gold.

Die Reichsregierung hat einen auf Goldmarkbeträge lautenden Tarif für die Gebühren in Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichensachen festgesetzt, der für alle Zahlungen seit dem 1. Dezember d. J. maßgebend ist. Maßgebend ist der am Tage der Zahlung geltende Um-rechnungssatz. Der Tarif geht von einer Patentan-meldebegühr von 6 Goldmark aus und schließt sich in dem Aufbau der Gebührensätze im wesentlichen dem Tarif vom 9. Juli 1923 an. Die Gebühr für das erste Patent-jahr beträgt 8, für das 18. Patentjahr 1500 Goldmark. Für die Anmeldung eines Gebrauchsmusters ist eine Gebühr von 4 Goldmark, für die Verlängerung der Schutzfrist eine solche von 40 Goldmark festgesetzt. Bei Warenzeichen beträgt die Anmelde- und Eintragungs-gebühr 6, die Klassengebühr 2, die Erneuerungsgebühr 25 Goldmark.

Deutschnationaler Parteitag.

Die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei trat Freitag im Reichstag zusammen. Die Abgeordneten Hergt und Graf Westarp erstatteten den Bericht über die Lage und die von der Reichstagsfraktion befolgte Politik. Der parteiamtliche Bericht darüber sagt: „Der sehr lebhafteste Beifall, der sich an ihre Ausführungen schloß, bekundete die einmütige Zustimmung zur Politik der Fraktion.“

Großbritannien.

× Englische Arbeiter nach Frankreich. Wie mitgeteilt wird, ist zwischen dem französischen Arbeitsministerium und dem englischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten ein Vertrag zur Bekämpfung der englischen Arbeits-lolosigkeit abgeschlossen worden. Die französische Regie-rung hat auf Grund dieses Vertrages die Arbeitgeber in den vertriebenen Gegenden Nordfrankreichs angewiesen, dem Ausschuss für auswärtige Arbeitskräfte Mitteilungen über die von ihm benötigten Arbeiter zu machen unter gleich-zeitiger Angabe der Bedingungen. Diese Mitteilungen wer-den an das englische Ministerium weitergegeben werden, das die erforderlichen Arbeiter nach Frankreich schicken wird.

Aus In- und Ausland.

Stuttgart. Der Staatspräsident kündigt einen Geschenkt-wurf an, durch den die Zahl der Landtagsabgeordne-ten um ein Drittel vermindert werden soll.

Dresden. Der sächsische Landtag beschloß die Einsetzung eines fünfzehngliedrigen Ausschusses zur Untersuchung des Falles Dr. Zeigner.

Veracruz. Das Hauptquartier der Aufständischen in Mexiko teilt mit, daß die Städte Merida und Progreso im Staate Yucatan sich der Aufstandsbebewegung angeschlossen haben.

Preussischer Landtag.

(287. Sitzung.) tt. Berlin, 14. Dezember.
Bei der Fortsetzung der politischen Aussprache nimmt das Wort der Abg. Canipe (D. W.). Er wendet sich gegen die französische Rheinpolitik. Der deutsche Beruf Preußens ist noch nicht erfüllt. Deshalb wollen wir ein starkes Preußen auch gegenüber dem Reiche. (Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.) Ich richte hier diese Worte auch besonders an die Deutschnationalen Volkspartei. Wir wollen nicht, daß Preußen im Schlepptau des Reiches fegelt. (Zuruf bei den Deutschnationalen: Sondern das Reich im Schlepptau Sebe-rings!) Deshalb bedauern wir auch den deutschnationalen Antrag, der fordert, daß gleichzeitig mit den Reichstagsneu-wahlen auch preussische Neuwahlen stattfinden. In der Be-amtenfrage darf nur nach sachlichen Gesichtspunkten verfahren

werden. Man hat oft den Eindruck, daß Persönlichkeiten, die nicht besonders geeignet erscheinen, nur um ihrer politischen Gesinnung wegen gehalten werden. Mehr Objektivität ist darum notwendig.

Beamtengehälter und Abbau.

Teilzahlung wegen der Finanznot.

Die äußerst schwierige Lage, in der sich das Reich finan-ziell befindet, wird durch die Tatsache kompliziert, daß die Reichsregierung sich entschließen mußte, daß die für den 17. Dezember in Aussicht genommenen Gehaltszahlungen an Beamte und Angestellte für die zweite Dezemberhälfte nur zur Hälfte an diesem Tage geleistet werden. Es ist in Aus-sicht genommen, den Rest am Freitag, den 21. Dezember, auszusahlen. Die Reichsregierung sah sich zu dieser Anord-nung trotz der ihr bekannten Notlage der Beamten- und An-gestelltenchaft gezwungen, da die Mittel zu einer rechtzeiti-gen vollen Auszahlung nicht vorhanden sind und trotz aller Anstrengungen nicht herbeigeschafft werden konnten.

Wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, sind zu den be-kanntgegebenen Sätzen der Gehälter Zuschläge je-willigt worden, die im besetzten Gebiet 42 (Köln), 29 (Bonn), 17, 13 und 11 %, im übrigen Deutschland 9 (Berlin), 6,4 und 2 % betragen. Die Besatzungszulage beträgt 48 Mark, der Kinderzuschlag zur Besatzungszulage 9,50 Mark, und zwar jährlich, oder im Monat 4 Mark bzw. 0,79 Mark.

Standpunkt der preussischen Regierung.

Das preussische Staatsministerium befaßte sich mit den vom Reiche festgesetzten Beamtengehältern. Abereinstimmend wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Gehälter, insbeson-dere in den unteren und mittleren Stufen, unzulänglich seien. Es soll die erste Gelegenheit, die sich bei einer Bese-rung der Lage der Staatsfinanzen bietet, benutzt werden, um eine generelle Aufbesserung der Gehälter in die Wege zu leiten.

Der Reichsrat über den Abbau.

Da Bayern abweichende Ansichten zur geplanten Ver-minderung des Beamtenapparates bekanntgegeben hatte, be-faßte sich der Reichsrat mit der Frage und trat folgen-den Ausschlußbeschlüssen bei:

1. Der Reichsrat hält es für dringend geboten, den Beamtenapparat in den Ländern und Gemeinden in größt-möglichem Maße zu verringern.
2. Der Auffassung der baye-rischen Regierung, daß der Artikel 18 der Personalabbauber-ordnung eine Bindung der Länder nicht zu schaffen vermöge, kann nicht beigetreten werden. Die Abbauberordnung enthält Bestimmungen, die ordnungsmäßig getroffen sind. So-wie dies der Fall ist, sind die Länder verpflichtet, eine ent-sprechende Regelung zu treffen.
3. Im übrigen ist der Reichs-rat in Abereinstimmung mit der Reichsregierung der Ansicht, daß die Abbauberordnung nicht schematisch für Länder und Gemeinden angewendet werden kann.

Der Vertreter Bayerns, Senator Dr. v. Preger, gab dazu die Erklärung ab, daß Bayern auf seinem Standpunkt, daß die Abbauberordnung dem Artikel 18 der Reichsver-fassung widerspreche, beharren und sich vorbehalten müsse, eventuell den Staatsgerichtshof anzurufen.

Weitere Steuerverordnungen.

Einkommen-, Vermögens-, Erbschaftsteuer.

Den Entwurf der zweiten Steuer-Notverordnung hat das Reichskabinett auf Grund des Ermächtigungsgesetzes beschlossen. Die Verordnung ist sofort an den Fünfzehner-ausschuss des Reichstags gegangen, ebenso an den Reichsrat, der die letzte Instanz vor der Veröffentlichung bildet.

Die Verordnung regelt im einzelnen die Einkommen-steuer für 1923, die Vorauszahlungen auf die Einkommen-steuer 1924, die Vermögenssteuer und die Erbschaftsteuer. Bei der Einkommensteuer für 1923 ist auch der Lohnabzug geregelt, und zwar bleiben statt, wie ursprünglich vorgese-hen 10 Mark, 12 Mark vom Einkommen der Lohn- und Gehalts-empfänger pro Woche steuerfrei. Im Entwurf war ur-sprünglich vorgesehn, daß pro 1000 Mark der Veranlagung für 1922 der Steuerpflichtige 25 Goldpfennig zu zahlen habe. Dieser Satz ist auf 40 Goldpfennig erhöht worden. Bei der Erbschaftsteuer ist die in den Vorverhandlungen so viel um-strittene Besonderesteuer, die Steuer auf das Erbe von Kin-dern und Gatten im Entwurf festgeblieben.

Geplant ist, den Ertrag der Einkommensteuer abzüglich eines Satzes von 10 % für das Reich an Erhebungskosten, den Ländern resp. Gemeinden zu überlassen.

Aufwertung von Obligationen und Hypotheken. Wohnhaussteuer.

Das Kabinett beschäftigte sich Freitag mit der drit-ten Notverordnung, welche die Frage der Hypo-thekenaufwertung, die Miets- oder Wohnhaussteuer usw. regeln soll.

Man nimmt an, daß für die Frage der Aufwertung fünfzig an dem Grundsatz festgehalten werden wird, daß die Gläubiger von Forderungen, die auf Reichsmark lauten und bei denen eine Aufwertung durch besondere Vereinbarung nicht vorgesehen war, auch nicht berechtigt sein sollen, eine derartige Aufwertung zu verlangen. Dadurch entsteht ein Geldentwertungsgewinn für die Schuldner, und dieser wird voraussichtlich zum Teil weggesteuert werden. Vor-läufig kommen für eine derartige Erfassung die Wohnhaus-hypotheken in Form einer Mietzinssteuer und die privaten Obligationen in Frage.

Das Reich dürfte für die Erhebung der Mietzinssteuer nur allgemeine Richtlinien herausgeben und die Erhebung im einzelnen den Ländern überlassen. Für die Besteuerung der Geldentwertungsgewinne bei Obligationen dürfte ein Satz von 10 % in Frage kommen, der allerdings nicht auf einmal, sondern an verschiedenen Terminen zu erheben wäre.

Deutsche Schritte in Paris.

Einleitung von Verhandlungen.

Der deutsche Geschäftsträger soll mittlerweile schon die angekündigten ersten Schritte in Paris getan haben, um die direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich einzuleiten.

Vor dem Eintritt in die Verhandlungen selbst will Poincaré mit den Alliierten, besonders mit England Fühlung nehmen. Es sei möglich, daß man den Völkerverbund in der rheinisch-westfälischen Frage mitreden lassen wird. Außerdem will Poincaré aber gelegentlich der Rhein-Ruhr-Verhandlungen auch das Kontroll- und Sicherheitsproblem aufrollen und seine Forderungen bekanntgeben. Jedenfalls ist nach den Pariser Blättern Poincaré gekommen, die Verhandlungen mit Deutschland nicht abzuweisen.

Die französische Industrie begünstigt die Aussprache zwischen Berlin und Paris. In ihren Kreisen glaubt man, daß der lange deutsch-französische Streit jetzt dem Ende entgegengehen werde. Auch die Ernennung des neuen deutschen Botschafters in Paris soll bevorstehen.

Entlassung von Ruhrgefangenen.

Der französische und der belgische Befehlshaber im besetzten Gebiet haben den Delegierten des deutschen Roten Kreuzes für das Ruhrgebiet mitgeteilt, daß mit der Freilassung einer größeren Anzahl politischer Gefangener in der nächsten Zeit zu rechnen sei, um so mehr, als nach Genehmigung der Niederschrift über die Verhandlungen zwischen der deutschen Eisenbahnverwaltung und der Regie durch die Reichsregierung der passive Widerstand als beendet zu betrachten sei.

Rücktritt der sächsischen Regierung.

Mißtrauensvotum der Demokraten.

In der heutigen Sitzung des Landtags wurde vom Präsidenten ein demokratischer Antrag verlesen, in dem es heißt, die demokratische Fraktion sei, nachdem der Ministerpräsident Felsch und die sozialdemokratische Fraktion die vorgeschlagenen Verhandlungen wegen des Mißtrauensvotums gegen den Minister Liebmann abgelehnt haben, nicht mehr in der Lage, das Kabinett Felsch zu unterstützen. Sie beantragte deshalb: Das Kabinett hat nicht mehr das Vertrauen des Landtags.

Darauf gab Ministerpräsident Felsch die Erklärung ab, als die gegenwärtige Regierung gebildet und er mit den Stimmen der Demokraten und Sozialdemokraten zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, habe er bereits der demokratischen Partei seine Auffassung dahin zur Kenntnis gebracht, daß, wenn es ihnen unmöglich werden sollte, ihn weiter das Vertrauen zu schenken, die Neubildung des Kabinetts notwendig sei. Er sei der Auffassung, daß dieser Moment jetzt eingetreten ist. Er lege deshalb das Amt in die Hände des Landtags zurück. Die Mitglieder des Kabinetts würden jedoch ihre Ämter bis zur Neubildung der Regierung weiterführen.

Mehrarbeit im Kohlenbergbau.

Berlin, 14. Dezember.

Um der Notlage der deutschen Wirtschaft und der Arbeitslosigkeit durch Steigerung und Verbilligung der Produktion zu steuern, haben die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände im ober-schlesischen, niederschlesischen, sächsischen und oberschlesischen Steinkohlenbergbau auf Grund von Verhandlungen im Reichsarbeitministerium ein überarbeitungsabkommen getroffen. In diesen Bezirken werden die Bergarbeiter unter Tage vom 17. oder 19. Dezember ab im Anschluß an die regelmäßige Schicht eine Stunde Mehrarbeit leisten. Auch die Arbeiter über Tage, die unmittelbar mit der Förderung der Kohlen zu tun haben, werden soweit erforderlich, entsprechende Mehrarbeit leisten. Die Arbeitszeit der übrigen übertagearbeitenden soll im Zusammenhang mit der Regelung dieser Frage in den wesentlichen Zweigen der Großindustrie der Steinkohlenbezirke durch weitere Verhandlungen zwischen den Parteien geregelt werden. Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren darüber einig, daß zu möglichst baldiger Erreichung der Friedensleistung im Steinkohlenbergbau alle nur möglichen Verbesserungen unverzüglich durchzuführen werden sollen. Im Februar 1924 werden Vertreter der Verbände unter Mitwirkung des Reichsarbeit- und des Reichswirtschaftsministeriums erneut zusammentreten, um festzustellen, ob dieses Ziel erreicht ist, oder welche weiteren Mittel zu seiner Erreichung notwendig sind.

„Flammen“

Roman von Hans Schulze.

26) Nachdruck verboten.

Allerlei Kindheitserinnerungen waren unter dem Eindruck der Umgebung unwillkürlich in ihr wach geworden. Gedanken an den Vater, den sie nur noch als fernen, kranken Mann gekannt, als ein schleichendes Halsleid seinem Künstlertraum ein vorzeitiges Ende bereitet hatte und er froh gewesen war, durch Vermittlung eines einflussreichen Gönners in einer bescheidenen Beamtenstellung bei der Intendantur der königlichen Schauspiele in Berlin unterzukommen.

Alle seine Hoffnungen hatten sich auf der abgöttisch geliebten einzigen Tochter vereint und die Mutter sparte sich nach seinem frühen Tode die Mittel vom Munde ab, um Hella von den Zinsen einer winzigen Erbschaft, die ihr das Schicksal im Augenblick der höchsten Not zugeworfen, auf einer vornehmen Schule des Westens eine gediegene Erziehung geben zu lassen.

Über auch bittere Kränkungen und boshafte Zurücksetzungen waren Hella nicht erspart geblieben, als sie in Jugendkraft und Jugendfülle immer herrlicher zu erblühen begann und ihre Hella-Augen im ganzen Umkreis der Kurfürstendammgegend allmählich zu einer kleinen Berühmtheit wurden.

In kindlicher Grausamkeit hatte sich zuweilen der Reiz und die Eifersucht der reichen Freundinnen erschöpft, daß sie oft in bläulichem Zorn die weißen Röcke zusammengegriffen und sich geschworen hatte, nicht eher zu ruhen, als bis sie sich als gleichberechtigtes Mitglied zu jener Welt emporgeschwungen hatte, deren Glanz und Schimmer ihr junges Herz so tief verbrannte und die sie doch mit heißen Augen und klopfenden Pulsen als ihr eigenes Lebenselement zu empfinden glaubte.

Und dann war über Nacht das Glück gekommen, an jenem Abend in der Komischen Oper, da ihre zarte, süße Stimme zum ersten Male in die Welt hinausgeschlungen war, und die Kritik der Reichshauptstadt sie einmütig als ein neues Gestirn am Himmel der Gesangs Kunst gefeiert hatte.

Das Glück und der Raub des großen Lebens und jener jenseitigen Welt, als Vogel von Bessern von ihrer Seite sofort ins Gefängnis geführt und sie selber nur durch eine glückliche

Kampf gegen den Preiswucher.

Maßnahmen in Preußen.

Der Präsident des Landespolizeiamts ruft die Polizeiverwaltungen auf, neue zu schärfstem Kampfe gegen den Wucher auf. In allen Fällen, in denen Wucher mit Gegenständen oder Leistungen des täglichen Bedarfs vorliegt, soll rücksichtslos eingeschritten werden. Gegen die Wucherer selbst sollen alle polizeilichen Mittel zur Anwendung kommen.

Die Spitzenverbände von Industrie und Handel haben kürzlich in einer Besprechung beim Reichswirtschaftsminister beschloffen, unverzüglich zur reinen Goldmarkskalkulation unter Beseitigung aller Diskontozuschläge für Geldentwertungsgefahren überzugehen. Der bis jetzt erfolgte Preisabbau, insbesondere bei reinen Industrieerzeugnissen, ist noch ganz unzulänglich. Jeder Fall einer Nichterabsetzung der Preise auf das für zulässig erkannte Maß oder gar eine Erhöhung der Goldmarkpreise wird strafrechtlich verfolgt. Das neue Kartellgesetz schützt die Anzeigenden ausdrücklich gegen Schädigung ihres Geschäfts, die durch etwaige Boykottverhängung oder auf sonst eine Art eintreten sollte. Die Bekanntgabe der Vorkriegspreise wird nunmehr der Öffentlichkeit in weitestem Maße eine Kontrolle über die Angemessenheit der geforderten Preise ermöglichen.

Amerikahilfe für deutsche Kinder.

Entsendung einer Studienkommission.

Reichspräsident Ebert richtete an General Allen vom amerikanischen Hilfskomitee für deutsche Kinder ein Telegramm, in dem es nach dankbarer Anerkennung der bisherigen amerikanischen Hilfe hieß:

Wir haben bis zuletzt gezögert, an die ausländische Wohltätigkeit zu appellieren, versichern Sie jedoch, daß wir, wenn das amerikanische Volk dazu bereit ist, dies nicht nur auf Verzicht begreifen, sondern unsere Bitte aufschließen, schnell zu handeln, um das Verhungern von zahllosen Kindern zu verhüten.

Nunmehr antwortete General Allen in einem längeren Telegramm an den Reichspräsidenten. Der General sagt darin u. a.:

Kurz vor Empfang Ihres Telegramms hatte Staatssekretär Hoover in einer Erklärung die Aufmerksamkeit der amerikanischen Öffentlichkeit auf die Tatsache gelenkt, daß hunderttausende des deutschen Volkes in diesem Winter vor Hunger und Verhungern stehen. Weit ich wußte, daß diese Katastrophe droht, fühlte ich mich gedrungen, einen amerikanischen Hilfsausschuß für deutsche Kinder zu organisieren und einen Plan in Angriff zu nehmen, nach dem für dieses durch die amerikanischen Quäker zu leistende Hilfswert 10 Millionen Dollar in den Vereinigten Staaten aufgebracht werden sollen. Der Anregung, eine amerikanische Studienkommission zu entsenden, kommen wir gern nach. Dr. Haven Emerson, Professor für öffentliches Gesundheitswesen an der Columbia-Universität, eine der ersten amerikanischen Autoritäten auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege, und Dr. Ernest M. Patterson, Professor der Nationalökonomie an der Pennsylvania-Universität, reisen noch in dieser Woche nach Deutschland ab. Amerika hat niemals taube Ohren gehabt für den Ruf der leidenden Menschheit.

Lokales und Provinzielles.

Schaltsmühle, 16. Dezember 1923.

Da die wirtschaftliche Lage sich in letzter Zeit wieder in einigermaßen festen Grenzen bewegt, wollen wir den vielfachen Wünschen unserer Leser nachkommen, und unsere Zeitung ab 1. Januar 1924 wieder täglich erscheinen lassen, — also wöchentlich 6 mal.

Wir hoffen damit den Lesern gedient zu haben.

Der Verlag.

Die Rentenmark im Postverkehr. Von jetzt an sind im inneren deutschen Verkehr neben Postaufträgen und Nachnahmeleistungen gegen Papiermark auch Postaufträge und Nachnahmeleistungen gegen Rentenmark zugelassen. Postaufträge und Nachnahmen, deren Beträge durch Postanweisung ausgezahlt werden sollen, können auf Rentenmark oder Papiermark lauten; Höchstbetrag 1000 Rentenmark oder ein entsprechender Betrag in Reichsmark (zurzeit 1000 Billionen), abgerundet auf volle Milliardenbeträge. Der einzuziehende Betrag ist also je nach der vom Absender gewählten Übermittlungsart in Rentenmark oder Reichsmark anzugeben. Postauf-

glücklicher Umstände dem gleichen Schicksal der Verhaftung entgangen war.

Zwei Jahre lang war sie damals auch für die Mutter verschollen gewesen, die nie etwas anderes für sich begehrt hatte, als in treuer, forgender Liebe von fern an der Schwelle ihres Lebens zu stehen.

Ihres Lebens?

Was wußte sie denn überhaupt von ihr, was konnte sie fragen von jenem Leben, das sie über alle Höhen und Tiefen der Leidenschaft geführt, bis sie endlich fast am Wege zusammengebrochen war und vor dem letzten Verfinstern die Wäste der Schwermut auf genommen hatte, um in dem stillen Witwenheim der Mommsenstraße noch einmal Einfluß zu finden.

Vom Hofe her klang Kinderlärm.

Der tiefe Haß des Portiers schallte polternd dazwischen. Neben an klickte die Küchenuhr mit einem einkörnigen, kuckuckenden Geräusch, das ihr noch von der Jugend her im Ohr lag.

Mit einer tiefen Bewegung von Hilflosigkeit und Trost hob sie die Arme.

Sie wollte noch nicht untergehen in dem träge fädelnden Rinnal eines kleinen Lebens, das aus all diesen Stimmen der Alltäglichkeit zu ihr sprach.

Niemand sollte ihr wehren, wenn sie noch ein letztes Mal die Hand nach dem Reif des Glückes ausstreckte, das ihr das Schicksal seit dem vergangenen Abend in so quälend-tödlicher Nähe zeigte.

Und wieder begann sie die Zukunft in immer neuen Phantasien zu umspinnen, bis sich die Klarheit ihres sonst so entschlossenen Geistes verwirrte und sie sich in jähem Erschauern tiefer in die Kissen schmiegte.

Es war ja doch alles vergebens.

Die Grenzen ihres Wollens waren ihr ja schon abgeflacht. Wie sie auch sann und sich den schmerzenden Kopf zermartete, immer wieder ließ sie auf dasselbe unlösliche Rätsel, denselben Namen, der einem Felsblock gleich, jeden Ausweg fahrend, auf der Bahn ihres Denkens lag:

Alsleben!

Wie von einem Felschenhiebe getroffen fuhr sie empor. Sie zitterte plötzlich wieder vor Frost und war doch gleichsam wie versteinert im Herzen und am ganzen Körper.

Niemals, das empfand sie mit vernichtender Deutlichkeit, gab es für sie Ruhe und Frieden, sie überhaupt nur die Möglichkeit eines kleinsten, bescheidenen Entschlusses, solange Als-

träge und Nachnahmen, deren Beträge einem Postfachkonto aufgebracht werden sollen, dürfen nur auf Rentenmark lauten; Höchstbetrag 1000 Rentenmark. Der einzuziehende Betrag ist hierbei also in der Postauftragsskizze, Nachnahmeleistung, Palettarie und der zugehörigen Zahlkarte usw. nur in Rentenmark anzugeben. Für Postaufträge und Nachnahmen gegen Rentenmark sind vorläufig die bisherigen Vordrucke zu verwenden; sie sind handschriftlich oder durch Stempelabdruck mit dem Vermerk „Rentenmark“ zu versehen. Ein Abheften der Pfennigbeträge von den Markbeträgen durch einen Beisatz, z. B. 101.45 Rentenmark, ist nicht gestattet. Postaufträge und Nachnahmen gegen Rentenmark sind in Rentenmark oder einem anderen von der Postverwaltung zugelassenen wertbeständigen Zahlungsmittel einzulösen. Geht dies nicht, so gilt der Postauftrag oder die Nachnahme als verworfen. Die Sendungen werden dann als unzulässig behandelt.

Verlängerte Gültigkeit von Sonntagsrückfahrkarten. Anlässlich des bevorstehenden Weihnachts- und Neujahrsfestes gelten die vom Sonnabend, den 22. d. M. mittags ab gelösten Sonntagsrückfahrkarten bis zum Mittwoch, den 26. d. M., und die vom Sonnabend, den 29. d. M., mittags ab gelösten bis zum 1. Januar 1924.

Vorläufig keine Paserleichterungen im Ruhrgebiet. Zu den verschiedentlich veröffentlichten Gerüchten über angeblich bald bevorstehende wesentliche Erleichterungen in der Paser- und Zollkontrolle bei der Aus- und Einreise in das besetzte Gebiet wird von gut unterrichteter Seite mitgeteilt, daß man bei den verschiedenen Verkehrsausschüssen im besetzten Gebiet von deutscher Seite diese Frage zwar mehrfach angesprochen hat, ohne daß aber von französischer Seite irgendwelche Eröffnungen dahin gemacht worden wären, daß mit einer Berücksichtigung dieser Wünsche in absehbarer Zeit gerechnet werden könnte. Aufgehoben wurden bisher nur die Bestimmungen über Einschränkung des Straßenbahn- und Kraftwagen-, wie überhaupt des Straßenverkehrs, die seinerzeit zur Bekämpfung des passiven Widerstandes von der Rheinlandkommission und vom General Degoutte erlassen worden waren. Mit einer Aufhebung des Paserzwanges oder einer Erleichterung der Ein- und Ausreise sowie der Kontrollvorschriften glaubt man in unterrichteten deutschen Kreisen zunächst nicht rechnen zu können.

Ennepe, 15. Dez. In einer der letzten Nächte wurde einem hiesigen Einwohner sein ganzer Geflügelbestand, 7 Hühner und 3 Enten, gestohlen. Den Verlust bemerkte der Besitzer erst am folgenden Morgen.

Schaltsmühle, 15. Dez. Eingebrochen wurde in eine Fabrik in der Hälverstr. und ein wertvoller, fast 12 m langer Ledertreibriemen entwendet. Von den Dieben fehlt bis jetzt jede Spur.

Schaltsmühle, 15. Dez. Kommt da eines Tages eine Frau in den Stall um ihr fettes Schwein zu füttern. Aber — o Schreck — der Stall ist leer und das Schwein verschwunden, welches am nächsten Tage geschlachtet werden sollte. Jetzt die Nachbarschaft alarmiert um das entlaufende Tier zu suchen. Nichts wird unversucht gelassen, sogar die Polizei wird benachrichtigt um mit einem Hunde das Tier aufzutreiben. Schließlich findet sich das Tier bei einem Landwirt im Stall wieder, welcher den Flüchtling eingefangen hatte.

Schaltsmühle, 15. Dez. Wie erinnerlich, wurde im Okt. d. Js. ein schwerer Einbruch bei dem Fabrikanten J. verübt und Sachen im Werte von über 1000 Goldmark entwendet. Jetzt soll es der Hagen er Kriminalpolizei gelungen sein, die für den Diebstahl in Frage kommenden Spitzbuben, — eine ganze Bande — hinter Schloß und Riegel zu setzen. Es soll sich um eine äußerst gefährliche Gesellschaft, die schon mit Zuchthaus verurteilt ist, handeln. Hoffentlich werden diese Elemente, die vor nichts zurückschrecken, für eine Reihe von Jahren aus der Öffentlichkeit verschwinden.

Hamm, 14. Dez. Eine hartnäckige Selbstmordkandidatin wurde am Freitag von der Kriminalpolizei in Gewahrsam genommen. Zuerst versuchte sie im Laufe des Freitag mittags, sich im Kanal zu ertränken. Hieran wurde sie aber im letzten Augenblick durch einen Vorübergehenden verhindert, der sie einem Polizeibeamten übergab. Auf dem Transport zum Polizeigewahrsam versuchte sie, sich vor einen Motorwagen der Straßenbahn zu werfen; auch dieser Versuch mißlang. Im Polizeigewahrsam selbst versuchte sie dann später, sich mit einem Handtuch am Gitter aufzuhängen. Auch diesmal wurde sie an ihrem Vorhaben verhindert, weil es der Ge-

leben mit einem einzigen Wort das tunte Gerede zerreißen konnte, mit dem sie das Geheimnis ihrer Persönlichkeit so sicher verhüllt geglaubt hatte.

Die furchtbare, herzählende Angst an jenem Abend ihres ersten Zusammenstoßens in Pahlowitz, sie hatte sich also doch nicht getäuscht.

Die Vergangenheit stand gegen sie auf.

Der Mann, an dem sie einst am schwersten gescheitert, er nahm an ihr jetzt seine Rache, indem er ihr durch seine Erkenntnis allein zu dem ersuchten Märchenlande eines neuen Glückes für alle Zeit den Zugang wehrte.

Zwölftes Kapitel.

Die Uhr zeigte bereits auf die achte Abendstunde, als Hella aus der stillen Leibnizstraße auf den Kurfürstendamm einbog.

Eckant und raut und elegant mit einem lässig-vornehmen, leise wiegenden Schritt kam sie daher, daß unwillkürlich alle Köpfe nach ihr herumschwenkten.

In der raschen Wandlungsfähigkeit ihrer elastischen Natur hatte sie alle Dummheit und Unentschlossenheit des Nachmittags schon lange wieder von sich abgeschüttelt.

Sie fühlte sich wieder ganz als das Kind der Stadt, deren gewaltige Melodie auch in ihrer Seele zitterte, deren fürmischer Rhythmus sie immer von neuem mit frisch quellender Lebensenergie erfüllte.

Kühl und gleichgültig glitt ihr Blick über das allvertraute Bild der hohen Prachtstraße des Westens, auf der die Autos in endloser Kette zum Grunewald hinausfuhren.

Auf der Terrasse des Cumberland-Hotels eine dichtgedrängte Menge plaudernder und lachender Menschen.

Ein Modewalzer klang und jauchzte durch das unablässige Dröhnen der elektrischen Bahnen.

Und über dem Ganzen die wunderbare Halbdämmerung des schiedenden Tages, all die verschönten Gesichter und Spitzen der himmelhohen Stadtpaläste zu zarten Duftgebilden verflärend.

Durch das Elefantenportal des Zoologischen Gartens flutete es unablässig heraus und herein.

Graf Eickstadt, der auf einer Bank am Eingange gewartet hatte, begrüßte Hella mit förmlicher Verbeugung.

Sie reichte ihm unbefangen die Hand und dankte für die kostbaren Blumen, die er ihr mitgebracht hatte.

Dann wandten sie sich in der Menschenmenge der großen Promenade tiefer in den Garten hinein.

(Fortsetzung folgt.)

Halbzeug : Stab-Form-Band-Eisen Walzdraht : Bleche u. s. w.

622

liefern ab Werk und Lager

WEDEKIND & Co. Eisengroßhandlung **HAGEN** Westf.
Zweighäuser:
Berlin SW. 11. **Cöln a. Rhein.**

Lager mit Gleisanschluss:
Vogelsang, Kreis Schwelm i. Westf.

Besonders vorteilhaftes

Weihnachts - Angebot!

Ulster	in den neuesten Formen, hell und dunkelfarbig, nur beste Stoffe	45.-	65.-	78.-	98.-
Paletots	ein- und zweireihig, mit und ohne Samtkragen, in bester Ausführung	42.-	68.-	85.-	98.-
Anzüge	in den neuesten Farben, aus la. Kammgarn- und Cheviotstoffen	38.-	49.-	75.-	95.-
Hosen	solide Buckskins bis zu den feinsten Kammgarn- Qualitäten	5.-	7 ⁵⁰	12.-	16.- 21.- und höher.

Wir bringen selbst in den niedrigeren Preislagen nur
bewährte, solide Qualitäten in bester Verarbeitung.

Merkur

Spezialhaus
moderner Herren- u. Jünglingskleidung
Hagen i. W. **Rampstraße 18a, 1. Etage**
Verkauf nur 1. Etage
Sonntag von 2 bis 6 Uhr geöffnet



Einen umfassenden Ueberblick
— über das wertvollste deutsche Schrifttum —
bietet meine diesjährige

Weihnachts-Buchausstellung.

Sie finden dort in reicher Auswahl:
Klassiker; Vorzugs-Ausgaben; Kunstwappen,
Gute Romane; Jugendschriften; Billige Bücher.

Bitte benutzen Sie die selten günstige Gelegenheit
und beehren mich mit Ihrem Besuch.

Kein Kaufzwang.

Hermann Köster, Halver.

Für den Weihnachtstisch

empfehlen wir unsere
anerkannt besten

Qualitäts-Zigarren

zu konkurrenzl. billigen Preisen

Geschwister Vogt,

Fernruf 12. Halver. Kronprinz.-Str.

Geschäfts-Empfehlung.

Der Einbruch in meinem Ladenlokal in Halver
hat mich veranlaßt, meine Waren vorläufig in
Heesfeld zu verkaufen.
Empfehle **Kleiderstoffe, Hemdentuch**
Nessel, Strickwolle usw.
zu herabgesetzten Preisen.

Um geneigten Zuspruch bittet

Frau Rudolf Feld, Heesfeld.

Gemeindesteuer-Vorauszahlung

Für das laufende Rechnungsjahr 1923 ist
für die Gemeinden Lüdenscheld- und Hül-
scheid nach den für November und Dezember d.
J. vom Staatsministerium festgestellten Verhältnis-
zahlen der 16 200 000 und 1 030 000 000fache
Betrag der vorjährigen Gemeindesteuer vor-
anzuzahlen. Diese Beträge sind an die Gemein-
schaft (Amtshaus Zimmer 11) bis 20. ds. Mts.
an Werktagen vormittags zu entrichten. Die im
Juli und Juli 1923 zugestellten Gemeindesteu-
erzettel sind bei Zahlung vorzulegen. Die endgüt-
liche Veranlagung folgt im Januar n. Jrs. Die
vorausgezählten Beträge werden angerechnet.
Der Amtmann.

Ein Konzert

im eigenen Heim durch

„Grammophon“

mit Künstlerplatten

Spezial-Vertretung:

Roth & Junius,
Hagen i. W., Bahnhofstr. 29.

Unübertroffene
Qualitätsware.

Westf. Glasniederlage Hagen i. W.

Fernspr. 2643 Inh.: **Heinr. Theis jr.** Wehringhauserstr. 44

Größtes Unternehmen dieser Art am Platze.

Billigste Bezugsquelle für Wirte - Vereine.

Spezialität: **Wirtschaftsartikel.** 1444

Volks-Kalender

des

Lahrer hinkenden Boten

für

1924

vorläufig

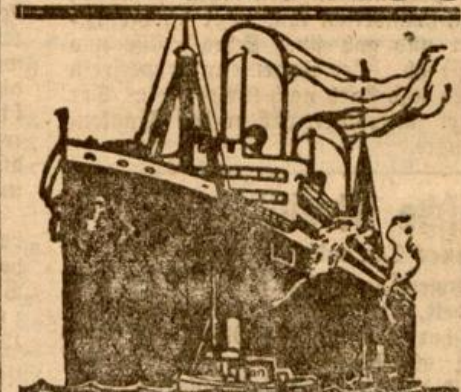
Wilh. Bell jr., Halver.

Als passende
Geschenkartikel
empfehle für das
Weihnachtsfest
elektr. Bügeleisen

„Wasserkocher
„Beleuchtungs-
körper usw.
in großer Auswahl
zu günstigen Preisen.

Hugo Köhler,
Halver,
Installationsgeschäft,
— Fernruf 58. —

BREMEN



AMERIKA

OSTASIEN-AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- u. Frachtverkehr
mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unter-
bringung und Verpflegung für Reisende aller Klassen.
Reisegepäck-Versicherung

Nähere Auskunft durch

NORDDEUTSCHER LLOYD

+ BREMEN +

und seine Vertretungen

in Lüdenscheld: Ferdinand Bochmann, Spedition,
in Essen: Norddeutscher Lloyd, Gen.-Agent. Handelshof

Die Durchsicht

des Anzeigenteiles Ihres Heimatblattes
dürfen Sie in Ihrem eigenen Interesse
nie vergessen. Den in diesem Blatte
insetzierenden Geschäften gebe man beim
Einkauf den Vorzug.

Nur in meinem Bettfedernlager



Bettfedern Salette

echt rot
u. leder-
hart

Gertige Betten

verb. kostenlos im Be-
sein des Käufers gefüllt.

Gräß Windmüller,

Bettfedern-Großhandl.

Bismarckstr. 24

am Wilhelmplatz

Telephon 3034

Strahlenbahn haltetelle

Linie 8

Geschäftszeit von 8 Uhr

morgens bis 7 Uhr abends

Hagen i. W.

KATALOGE

für die

Kleineisenindustrie

werden als Spezialität

schnell u. preiswert

angefertigt.

Stelle

aus meinem

großen Vorrat Clichés

kostenlos zur Verfügung

Wilh. Bell jr.,

Halver.

PREISLISTEN